N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Stadtprozelten am Donnerstag, 24.02.2011 im Sitzungssaal im Rathaus Stadtprozelten

Anwesende:

1. Bürgermeisterin

Frau 1. Bürgermeisterin Claudia Kappes

2. Bürgermeister

Herr Roland Kortus

3. Bürgermeister

Herr Rainer Kroth

Mitglieder Stadtrat

Herr FD Walter Adamek

Herr Marco Birkholz

bis 21.50 Uhr

Frau Regina Markert

Herr Hartmuth Piplat

Herr Wolfgang Roth

Herr Berthold Ruks

Herr Carlo Tauchmann

Schriftführerin

Frau Regina Wolz

Entschuldigt:

Mitglieder Stadtrat

Frau Manuela Betz

Frau Sibylle Birkholz

Herr Herbert Haider

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:15 Uhr

1. Bgmin. Kappes eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Auf die Frage, ob Einwände zum letzten Sitzungsprotokoll bestünden, merkte Stadtrat Piplat an, dass ein verzerrtes Bild bezüglich der Aussagen zum Städtebau entstehen könnte. Man habe mit dem Bahnhof erst außerhalb der Altstadt investiert, da die größeren Investitionen in der Altstadt aufgrund der erst noch vorab umzusetzenden Maßnahmen (Hochwasserschutz, Straßenverlegung) nicht sinnvoll sind.

TOP 1 BAUVORHABEN TÜRKISCH-ISLAMISCHER VEREIN - UMBAU EINES WOHNHAUSES ZUM GEBETS- UND VEREINSHAUS

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis:

Das Bauvorhaben liegt im Bereich der im Zusammenhang bebauten Ortsteile gem. § 34 BauGB:

Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. ²Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

Zu beachten wäre auch, dass sich ein Reines Wohngebiet an das Gebetshaus anschließt und diese Interessen berücksichtigt werden müssen.

Das Landratsamt hat vorab einen Bauakt erhalten, die bisherige Stellungnahme liegt bei.

Zusätzlich zu den Gebetsräumen sind auch Räume für die Jugend, eine Wohneinheit, sowie ein Vereinsladen, ein Raum fürs Haarschneiden und ein Kinderspielplatz vorgesehen.

Die Nachbarunterschriften sind unvollständig.

Weiterhin verlas die 1.Bgmin. die Stellungnahme des Landratsamtes vom 18.02.2011.

Der Bauantrag lag dem Gremium zur Einsichtnahme vor.

Bgmin. Kappes gab weiterhin die Historie des Vereins dem Stadtrat zur Kenntnis.

Der Verein wurde bereits 1982 gegründet und ist seit 1990 im Anwesen Bergweg 1 ansässig. Diese Unterkunft sei aus bekannten Gründen (Eigentumsverhältnisse und schlechter baulicher Zustand) für den Verein nicht mehr länger tragbar. Es liege auch ein entsprechendes statisches Gutachten vor, dass eingesehen werden kann.

Bgmin. Kappes verwies weiterhin auf das bisherige gute Vereinsleben hin. Auch aus Sicht der jetzigen Nachbarschaft seien keine Klagen zu bemängeln.

Stadtrat Ruks fragte nach, ob bisher schon ein Jugendraum im alten Vereinshaus vorhanden war.

Bgmin. Kappes erklärte, dass bisher ein kleiner Bereich für die Jugend bereits vorhanden war. Sie verwies diesbezüglich auch auf den bereits vorhandenen städtischen Jugendraum, der für jeden offen steht.

Stadtrat Tauchmann war der Ansicht, dass der Verein nicht mehr im Bergweg bleiben kann und ein neues Vereinshaus berechtigt sei. Ihm gefalle nur nicht der eigene Jugendraum des Vereins; man sollte Integration zusammenführen und nicht abteilen.

Er habe die Befürchtung, dass sich in der Brasselburg ein eigenes Zentrum bildet.

Auf die Frage von Stadtrat Tauchmann bezüglich der gewerblichen Teile des Vereinshauses erklärte Bgmin. Kappes, dass in den kleinen Vereinsladen z.B. türkische Spezialitäten angeboten werden. Dies dient zur Finanzierung des Vereins und wird in dieser Form auch bereits im Bergweg praktiziert. Mit dem Friseurladen soll die Möglichkeit geschaffen werden, Schnitte und Rasur mit der türkischen Technik – ebenfalls zur finanziellen Unterstützung des Vereins - anzubieten.

Das Angebot soll lediglich zu den Gebetsstunden offen stehen (Sa./So. 11 – 13 Uhr).

Stadtrat Tauchmann fragte an, ob man nicht ausnahmsweise dem anwesenden 1. Vorstand Herrn Isik das Wort erteilen könne um die Rückfragen aus erster Hand zu erhalten.

Stadtrat Roth sprach sich dagegen aus, da der 1. Vors. sicherlich alles positiv darstellen wird. Man sollte das selbst ausdiskutieren. Er sei der Meinung, dass der Türkische Verein zu Stadtprozelten dazugehöre und auch dementsprechend entschieden werden sollte.

Stadtrat Piplat gab Stadtrat Roth in der Sache recht. Allerdings sei nicht alles aus den vorgelegten Unterlagen ersichtlich. Für ihn seien noch Fragen zum Verkehr offen. Auch sehe er die Abgrenzung vom Allgemeinen Wohngebiet zum Reinen Wohngebiet kritisch.

2. Bgm. Kortus führte aus, dass der Verkehr kein Argument sei. Aus seiner Sicht müsse der Stadtrat bauordnungs- und bauplanungsrechtlich entscheiden. Aus seiner Sicht stehe dem nichts entgegen. Er war dafür, den Antrag des Vereins zu unterstützen.

Stadtrat Piplat bat seine Bedenken nicht negativ zu verstehen. Er möchte lediglich im Vorfeld Konflikte vermeiden. Er hätte sich einen konkreteren Bauantrag gewünscht.

3. Bgm. Kroth verwies darauf, dass das Gebiet durch den Sportverein um einiges mehr bereits belastet ist und auch dafür genug Platz zur Verfügung stünde.

Stadtrat Roth verwies auch darauf, dass der Gebetsraum nur ca. 60 m² habe, da könne man sich ja ausrechnen wie viel Leute überhaupt untergebracht werden könnten.

Bgmin. Kappes warf ein, dass man das Vorhaben vielleicht mit dem Bau des Trachtenheims vergleichen könne. Auch hier fand eine nachträgliche Ansiedlung in einem Allgemeinen Wohngebiet statt.

Weiterhin führte Bgmin. Kappes aus, dass es verschiedene Glaubensrichtungen im Islam gibt. Z.B. sei der Verein in Faulbach ein anderer und ein Zusammenschluss nicht wahrscheinlich. Man könne das vielleicht mit der Evangelischen/Katholischen Unterscheidung vergleichen.

Stadtrat Adamek plädierte dafür den Bauantrag zur Abstimmung zu bringen. Die Baunutzungsverordnung sehe konkret für Allgemeine Wohngebiete Anlagen für religiöse Zwecke vor. Er sehe keinen weiteren Bedarf für Diskussionen.

Stadtrat Piplat war der Meinung, dass der Bauantrag zu früh gestellt wurde; weiterhin sehe er den geschäftlichen Teil kritisch.

Bgmin. Kappes verwies darauf, dass die Vereine die Träger der Gemeinschaft seien und seitens der Kommune unterstützt werden sollen. Zudem gab sie zu bedenken, dass der Verein aus langjährigen Einwohnern bestünde und auch ein wenig Vertrauen entgegengebracht werden sollte.

Stadtrat Tauchmann merkte an, dass sich der Stadtrat lediglich besser informieren möchte.

2. Bgm. Kortus erklärte, dass das Landratsamt die Schutzfunktion der Nachbarschaft sowie immissionsschutzrechtliche Belange zuständigkeitshalber prüfen wird.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt dem Bauvorhaben des Türkisch-Islamischen Vereins, vertreten durch Herrn Isik Ilyas, Bergweg 1, 97909 Stadtprozelten zum Umbau eines Wohnhauses zum Gebets- und Vereinsheim, auf dem Grundstück Fl.Nr. 702/2, Gemarkung Stadtprozelten zu.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	10	10	0

TOP 2 BAUVORHABEN HUBERT HELMUT + GERMUNDA - NEUBAU EINER UNTERSTELLHALLE FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE GERÄTE

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung dem Stadtrat zur Kenntnis.

Der Stadtrat nahm Einsicht in die Planungsunterlagen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stimmt dem Bauvorhaben der Eheleute Hubert Helmut und Germunda, Neuenbucher Str. 54, 97909 Stadtprozelten-Neuenbuch zum Neubau einer Unterstellhalle für landwirtschaftliche Geräte auf dem Grundstück Fl.Nr. 2544/3, Gemarkung Neuenbuch zu.

Hinsichtlich der Überschreitungen der Festsetzungen des Gesamtbebauungsplanes „Neuenbuch II“ bezüglich der Überschreitung der westlichen Baugrenze sowie der Überbauung der Pflanzfläche wird Befreiung gem. § 31 Abs. 2 BauGB erteilt.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	10	10	0

TOP 3 BEKANNTGABE DER ANGEBOTE SANIERUNG DER STADTMAUER AM JUDENTHOR

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis:

Im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung sind 5 Angebote fristgerecht eingegangen.

Angebot Nr.	Bieter	geprüft (incl. Nachlass)	
1	Fa. Rind, Veitshöchheim	13.892,30	€
2	Fa. Stiel-Bau, Ostheim	11.499,57	€
3	Fa. Kuhn, Gemünden	17.770,27	€
4	Fa. Stegmann, Erlenbach	25.216,68	€
5	Fa. Umscheid, Dorfprozelten	17.650,50	€

Nebenangebote liegen nicht vor.

Die Prüfung erfolgte durch das Ing.-Büro Neu.

Die Vergabe erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

Stadtrat Roth fragte nach der Einhaltung des Kostenrahmens.

Stadtrat Tauchmann ersah aus den Unterlagen zur Sitzungsladung, dass der Kostenrahmen eingehalten wurde (kalkuliert: 12.926,97 €).

TOP 4 BEKANNTGABE DER ANGEBOTE SANIERUNG BERGWEG - BAUHAUPTARBEITEN UND SCHLOSSERARBEITEN

Bgmin. Kappes gab die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis:

Bauhauptarbeiten:

Die Submission fand am 20.01.11 statt.

Die Angebote wurden durch das Büro Neu geprüft:

Fa. Heuster Bau, Dorfprozelten	271.766,50 €
Fa. Zöller Bau, Marktheidenfeld	234.265,54 €
Fa. Leo Karl, Altenbuch	192.240,73 €

Das Ausschreibungsergebnis ist immer noch viel zu hoch.
Veranschlagt waren 124.844,34 €.

Es soll nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht bzw. mit den Bewerbern in einem separaten Verfahren die Positionen einzeln verhandelt werden. Diese Vorgehensweise muss noch mit der VOB-Stelle und der Regierung abgestimmt werden.

Schlosserarbeiten:

Die Submission fand am 25.01.11 statt.

Die Angebote wurden durch das Büro Neu geprüft:

Fa. Mannl, Kreuzwertheim	13.376,79 €
Fa. Fähler, Stadtprozelten	10.629,48 €
Fa. Schmitt, Bürgstadt	9.629,48 €

Aufgrund der Aufhebung der Bauhauptarbeiten wird die Vergabe der Schlosserarbeiten zurückgestellt. Die günstigst bietende Firma Schmitt verlängert ihre Zuschlagsfrist dementsprechend.

TOP 5 ENTWURF 3. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS STADT-PROZELTEN "ORTSUMFAHRUNG FAULBACH" - BEHANDLUNG DER ANLÄSSLICH DER BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE SOWIE DER ÖFFENTLICHKEITS-BETEILIGUNG EINGEGANGENEN STELLUNGNAHMEN

Dem Stadtrat von Stadtprozelten ergingen die Unterlagen zur Abwägung mit der Stellungnahme des Ing.-Büros, Balling aus Würzburg bereits mit der Sitzungsladung zur Überarbeitung zu.

Die Abwägung erfolgte wie folgt:

In dem Verfahren zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Stadtprozelten (bisherige 4. Änderung) wurde gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vom 21.12.2010 bis 31.01.2011 durchgeführt und der Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 30.12.2010 bis zum 31.01.2011 zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ausgelegt.

1. Stellungnahmen im Zuge der Beteiligung der Öffentlichkeit

Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gingen nicht ein.

2. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

Es wurden folgende 20 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange durch das Ingenieurbüro Kurt Balling im Auftrag der Stadt Stadtprozelten mit Schreiben vom 21.12.2010 beteiligt:

1. Landratsamt Miltenberg
2. Regierung von Unterfranken
3. Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain
4. Staatliches Bauamt Aschaffenburg
5. Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
6. Vermessungsamt Klingenberg a. Main
7. E.ON Bayern AG, Netzcenter Marktheidenfeld
8. E.ON Netz GmbH, Betriebszentrum Bamberg
9. Deutsche Telekom AG
10. Kabel Deutschland Vertrieb + Service GmbH + Co. KG
11. Amt für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten Forstbehörde)
12. Amt für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten (Landwirtschaftsbehörde
13. Bayerischer Bauernverband
14. Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg
15. Handwerkskammer für Unterfranken
16. Abwasserzweckverband „Südspessart“
17. Zweckverband zur Wasserversorgung der Stadtprozelten-Gruppe
18. Amt für Ländliche Entwicklung
19. Gemeinde Faulbach
20. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden im Anschreiben darauf hingewiesen, dass, wenn Sie sich nicht bzw. nicht fristgerecht äußern, die Stadt Stadtprozelten davon ausgeht, dass die von Ihnen wahrzunehmenden öffentlichen Belange nicht berührt werden bzw. Einverständnis mit der Planung besteht.

Keine Stellungnahme

Folgende Behörden und TÖB haben keine Stellungnahme abgegeben:

- Regierung von Unterfranken
- Bayerischer Bauernverband

- Handwerkskammer für Unterfranken
- Abwasserzweckverband „Südspessart“
- Gemeinde Faulbach

Die Stadt Stadtprozelten geht davon aus, dass die von diesen Behörden und TÖB wahrzunehmenden öffentlichen Belange nicht berührt werden oder Einverständnis mit der Planung besteht.

2.2. Eingegangene Stellungnahmen

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben:

Landratsamt Miltenberg, 19.01.2011

A) Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

Mit der o. g. Änderung des Flächennutzungsplanes besteht aus bauleitplanerischer und bauordnungsrechtlicher Sicht Einverständnis, sofern noch folgende redaktionelle Änderungen vorgenommen werden:

In der Planlegende wurde das Planzeichen Nr. 10.1 „Wasserfläche“ aufgeführt, obwohl im Änderungsbereich keine Wasserflächen vorhanden sind. Dieses Planzeichen sollte daher ersatzlos gestrichen werden.

Ferner ist das Planzeichen Nr. 13.3 „Umgrenzung von schutzwürdigen Flächen, Landschaftsschutzgebiet (geplant)“ sowie das Planzeichen 10.3 „Schutzgebiet für Grundwassergewinnung“ noch als nachrichtliche Übernahme zu kennzeichnen.

Bei den Verfahrensvermerken sollte unter Abschnitt 4 „...wurden Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis beteiligt.“ noch ergänzt werden. Ferner ist im letzten Abschnitt der Hinweis auf § 10 Abs. 3 Halbsatz 1 BauGB zu streichen, da dieser Paragraph nur für Bebauungspläne gilt.

Abschließend ist noch ein Tippfehler in der Begründung auf S. 4 Ziffer 0.4 „Das Baurecht für die Ortsumfahrung Faulbach wird für die im Stadtbereich Stadtprozelten...“ zu berichtigen.

Da es sich hier lediglich um redaktionelle Änderungen handelt, ist eine erneute Auslegung nach § 4 a Abs. 3 BauGB nicht mehr erforderlich.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, die redaktionellen Änderungen werden in die Flächennutzungsplanänderung eingearbeitet.

B) Natur- und Landschaftsschutz

Mit der o. g. Änderung besteht aus naturschutzrechtlicher Sicht Einverständnis.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

C) Immissionsschutz

Die im Flächennutzungsplan von Stadtprozelten dargestellte Wohnbebauung an der Gemeindegrenze (südwestlich des Kreisels) wird nun im Umweltbericht berücksichtigt. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine weiteren Bedenken.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

D) Wasser- und Bodenschutz

Im Auszug aus dem Beschlussbuch der Stadtratssitzung vom 16.12.2010 auf S. 5 Ziffer D)

Wasser- und Bodenschutz sowie unter „Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg“ (S. 7) wird angemerkt, dass das Wasserrechtsverfahren für die Querung der Gewässer und die Einleitung der Straßenwässer inzwischen eingeleitet worden sei. Wir möchten darauf hinweisen, dass das Landratsamt Miltenberg die erforderlichen Gestattungen mit Bescheid vom 21.12.2010, Nr. 421-6326.4/6411.63 inzwischen erteilt hat.

Das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg ist in diesem Verfahren für die o. g. Änderung des Flächennutzungsplanes nochmals zu beteiligen.

Abwägung:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt ist bekannt. Das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg wird an diesem Verfahren nochmals beteiligt.

E) Brandschutz

Mit den Änderungen des Flächennutzungsplanes in Stadtprozelten für den o. g. Bereich besteht Einverständnis.

Abwägung:

Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

F) Gesundheitsamtliche Belange

Die Stellungnahme des hiesigen Gesundheitsamtes vom 08.11.2010 wird aufrecht erhalten.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das genannte Schreiben wurde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung abgewogen.

**Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - Region 1,
11.01.2011**

Der Regionale Planungsverband hat bereits mit Schreiben vom 13.10.2010 zu dem o. g. Bauleitplanentwurf Stellung genommen. Anregungen oder Einwendungen haben sich dabei nicht ergeben.

Auch zu den inzwischen erfolgten Änderungen und Ergänzungen des Bauleitplanentwurfs sind aus regionalplanerischer Sicht keine Hinweise veranlasst.

Abwägung:

Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Staatliches Bauamt Aschaffenburg, 28.09.2010

Mit Schreiben vom 21.12.2010 erhielten wir die Abwägung unserer Belange.

Mit den Änderungen im Zuge des Verfahrens besteht Einverständnis.

Nach Erlangung der Rechtskraft des Flächennutzungsplanes bitten wir um Überlassung einer genehmigten Fassung sowie dem dazugehörigen Beschluss.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg, 03.01.2011

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hat das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg bereits zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der geplanten Straßenanbindung Mil 35/MIL 37/St2315 in der Fassung vom 03.09.2010 mit Schreiben vom 07.10.2010 Stellung genommen.

Durch den jetzt im Ingenieurbüro Kurt Balling vorgelegten Entwurf in der Fassung vom 16.12.2010 ist eine Ergänzung oder Änderung dieser Stellungnahme nicht veranlasst. Die getroffenen Aussagen bleiben gültig.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Vermessungsamt Aschaffenburg, 07.01.2011

Die Belange des Vermessungsamtes Aschaffenburg sind durch die Planung nicht berührt.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

E.ON Bayern, 11.01.2011

Vielen Dank für die Benachrichtigung über die Änderung des oben genannten Flächennutzungsplanes.

Wir beziehen uns auf unser Schreiben EBY-NCMaB – Wi vom 07.10.2010, da noch als 4. Änderung des FNP, das in vollem Umfang weiterhin Gültigkeit besitzt und somit Teil dieser Stellungnahme ist.

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

Wir möchten Sie bitten, uns auch weiterhin an der Aufstellung bzw. an Änderungen von Flächennutzungs-, Bau- und Grünordnungsplänen zu beteiligen, da sich besonderes im Ausübungsbereich unserer Frei- und Kabelleitungen Einschränkungen bezüglich der Bepflanzbarkeit ergeben können.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das Schreiben vom 07.10.2010 wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bereits abgewogen.

E.ON Netz, 12.01.2011

Im Geltungsbereich der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Stadtprozelten, befindet sich die oben genannte Hochspannungsfreileitung unseres Unternehmens.

Die Schutzzone der Leitung beträgt 30.00 m beiderseits der Leitungssachse.

Unsere Hochspannungsfreileitung ist in den vorgelegten Flächennutzungsplan lagerichtig eingezeichnet.

Bitte beachten Sie folgende Hinweise bezüglich unserer Hochspannungsfreileitung:

Im Bereich der Freileitungen sind bei allen Bau- und Bepflanzungsmaßnahmen die, gemäß einschlägiger Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung, erforderlichen Mindestabstände zu den Leiterseilen einzuhalten.

Hinsichtlich der in der angegebenen Schutzzone bestehenden Bau- bzw. Pflanzbeschränkungen machen wir darauf aufmerksam, dass uns die Pläne für alle Bau- und sonstige Maßnahmen rechtzeitig zur Stellungnahme vorzulegen sind.

Außerhalb der Leitungsschutzzone ist eine unbeschränkte Bauhöhe realisierbar. Ausgenommen sind Tankstellen, Biogas- und Tankanlagen, Zeltaufbauten und Antennenträger die bezüglich der Abstände zu unserer Hochspannungsleitung separat mit uns abgestimmt werden müssen.

Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass bei ungünstigen Witterungsverhältnissen Eisbrocken und Schneematschklumpen von den Leiterseilen und den Masttraversen (seitlicher Ausleger) abfallen können. In den Mastbereichen und unter den Leiterseilen muss unter Umständen mit Vogelkot gerechnet werden. Wir bitten hier um Beachtung, gerade im Bereich von Stellplätzen, Straßen und Gebäuden. Für solche witterungs- und naturbedingten Schäden kann keine Haftung übernommen werden.

Die Bestands- und Betriebssicherheit der Hochspannungsfreileitungen muss jederzeit gewährleistet sein. Maßnahmen zur Sicherung des Leitungsbestandes und –betriebes, wie Korrosionsschutzarbeiten, Arbeiten zur Trassenfreihaltung von betriebsgefährdendem Aufwuchs bzw. auch die Erneuerung, Verstärkung oder ein durch Dritte veranlasster Umbau auf gleicher Trasse, unter Beibehaltung der Schutzzonen, müssen ungehindert durchgeführt werden können.

Wir bitten Sie, auch zukünftig die E.ON Netz GmbH an der Aufstellung bzw. an Änderungen des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes und an der weiteren Bauleitplanung, bereits im Vorentwurf, rechtzeitig zu beteiligen, so dass unsererseits entsprechende Stellungnahme abgegeben werden können.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise sind bekannt und werden bei der Umsetzung der Baumaßnahme berücksichtigt.

Deutsche Telekom, 27.01.2011

Gegen den Entwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Stadtprozelten bestehen unsererseits keine Einwände.

Unsere Stellungnahme vom Oktober 2010 gilt weiterhin.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anregung aus der Stellungnahme zum Vorentwurf wurde bereits in den Entwurf eingearbeitet.

Kabel Deutschland, 28.12.2010

Wir teilen Ihnen mit, dass die Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH und Co. KG gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht.

Im Planbereich befindet sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Eine Erschließung des Gebietes erfolgt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Diese sind in der Regel ohne Beteiligung des Auftraggebers an den Erschließungskosten nicht gegeben. Wenn Sie zu einer solchen Mitfinanzierung in der Lage sind, sind wir gerne bereit, Ihnen ein Anbot zur Realisierung des Vorhabens zur Verfügung zu stellen. Bitte setzen Sie sich dazu mit unserem Team Neubaugebiete in Verbindung:

Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH + Co. KG
Team Neubaugebiete
Hans-Böckler-Allee 5
30173 Hannover
Neubaugebiete@Kabeldeutschland.de
Telefon: 0511/85401-366
Fax: 089/9233421032

Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.

Abwägung:

Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Landwirtschaftsbehörde), Aschaffenburg, 25.01.2011

Durch die Änderung des o. a. Flächennutzungsplans werden landwirtschaftliche Belange nicht in entscheidendem Maße berührt.

Fachplanungen der Landwirtschaftsverwaltung für das Planungsgebiet liegen nicht vor.

Grundsätzlich Bedenken gegen den Flächennutzungsplan bestehen seitens der Landwirtschaftsverwaltung deshalb nicht.

Der überschlägig ermittelte Ausgleichsflächenbedarf von 3,6 bis 3,8 ha erscheint dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sehr hoch. Bei der endgültigen Festsetzung der Ausgleichsmaßnahmen bitten wir um erneute Beteiligung des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Karlstadt.

Abwägung:

Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Größe und Lage der Ausgleichsflächen wurden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens festgesetzt, in dem das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Karlstadt beteiligt wurde.

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Forstbehörde), Miltenberg, 23.12.2010

Von der Änderung des Flächennutzungsplans werden von der Forstbehörde zu vertretende Belange nicht berührt.

Gegen die Planänderung bestehen keine Bedenken.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Industrie- und Handelskammer, 10.01.2011

Die IHK hat gegen die oben genannte Flächennutzungsplanänderung keine Bedenken, auch Anregungen sind nicht zu geben.

Wir möchten Sie bitten, uns eine genehmigte Fassung des Planes mit Beschluss zu gegebener Zeit zu überlassen.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Zweckverband zur Wasserversorgung der Stadtprozelten Gruppe, 27.01.2011

Die Flächennutzungsplanänderung berührt keine Anlagen des Zweckverbandes und beinhaltet auch keine Auswirkungen auf den Wasserbedarf. Es besteht somit aus unserer Sicht Einverständnis mit der Planung.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Amt für ländliche Entwicklung, 17.01.2011

Gegen die o. g. 3. Flächennutzungsplan-Änderung bestehen keine Bedenken.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Bodendenkmäler),
12.01.2011**

Nach unserem bisherigen Kenntnisstand besteht gegen die oben genannte Planung von Seiten der Bodendenkmalpflege kein Einwand. Wir weisen jedoch darauf hin, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (Dienststelle Schloss Seehof) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 DSchG unterliegen. Art 8 Abs. 1 DSchG: Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks, sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 DSchG: Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Abwägung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise sind bekannt und werden bei der Umsetzung der Baumaßnahme berücksichtigt

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten beschließt, die oben aufgeführten Abwägungen in den Flächennutzungsplanänderungsentwurf einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	10	10	0

TOP 6 FESTSTELLUNGSBESCHLUSS ZUR 3. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS STADTPROZELTEN - ORTSUMFAHRUNG FAULBACH

Bgmin. Kappes führte hierzu aus:

Der Flächennutzungsplanänderungsentwurf mit den eingearbeiteten o.g. Abwägungen ist nun Beschlussmäßig festzustellen. Danach erfolgt eine Vorlage und Genehmigung beim Landratsamt. Liegt diese vor, kann die Veröffentlichung erfolgen. Das Verfahren wäre damit abgeschlossen.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten stellt hiermit den vom Ingenieurbüro Kurt Balling GmbH, Waltherstr. 9, 97074 Würzburg, gefertigten Planung zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes – Anschluss Ortsumfahrung Faulbach für den Bereich Einmündung Kreisstraße MIL 35 und MIL 37 mit Begründung vom 03.09.2010 in der Fassung vom 24.02.2011, zweckmäßig fest.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	10	10	0

TOP 7 ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES MIT VORENTWURF BEBAUUNGSPLAN "SONDERGEBIET FABRIKVERKAUF UND GEWERBEGEBIET 2010" DER STADT WERTHEIM - FRÜHZEITIGE ANHÖRUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE GEM. § 4 ABS. 1 BAUGB

Bgmin. Kappes führte hierzu die Stellungnahme der Verwaltung aus:

Die Stadt Wertheim will ihren Flächennutzungsplan ändern und hierzu einen Bebauungsplan ausweisen. Es betrifft das Gebiet um das Wertheim Village. Hier soll im Anschlussbereich an das Village neue Flächen für den Verkauf ausgewiesen werden (SO-Gebiet). Die Flächen waren bisher als Freizeitgroßanlage (Creativ Welten Wertheim) vorgesehen, das nicht mehr zur Umsetzung kommt. Es handelt sich hierbei um die Fl.Nr. 7102 und 7106. Die restlichen Flächen sollen zudem als Gewerbeflächen ausgewiesen werden.

Die Stadt wird hierzu als Träger Öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1

BauGB vorzeitig gehört.

Stadtrat Piplat merkte hierzu an, dass er die Entwicklung interessant finde; vor allem wenn man bedankt wie „klein“ es angefangen hat.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten nimmt die Planung zur Änderung vom 19.04.2010 des Flächennutzungsplanes 89 der Stadt Wertheim und der gleichzeitigen Ausweisung eines Bebauungsplanes „Sondergebiet Fabrikverkauf und Gewerbegebiet 2010“ zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>		Abstimmungsergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwesend u. stimmberechtigt	für den Beschluss	gegen den Beschluss
13	10	10	0

TOP 8 EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNG ZUM ANSCHLUSS BEHÖRDENFUNKSENDER HOHER BERG

Bgmin. Kappes führte hierzu aus, dass zum Anschluss des Behördenfunktenders eine 0,4 kv-Leitung an den Funkmast Hoher Berg seitens der e.on verlegt werden muss. Die Kabelverlegung erfolgt in der bisherigen Kabeltrasse zum Funkmast.

Die Trasse wurde bereits mit dem Revierleiter Herrn Boxan und der e.on im Vorfeld abgegangen. Auf Wunsch von Herrn Boxan wird die e.on beim Einbau einige Querungen vorsehen. Es erfolgt nach dem Einbau wieder eine Begehung.

Im Stadtrat wurde nachgefragt, ob es sich bei diesem Behördenfunktender bereits um den digitalen Funk für die FFW handelt und ob diesbezüglich schon Kosten auf die Stadt zukommen.

Bgmin. Kappes erklärte sich bereit, dies zu recherchieren.

Nach kurzer Beratung fasste das Gremium folgenden Beschluss:

Der Stadtrat von Stadtprozelten erteilt zum Einbau eines 0,4 kv-Kabels zum Anschluss Behördenfunktender Altenbuch durch die Fa. e.on Bayern auf den Fl.Nr. 297/6, 299, 2975, 297 und 2976, Gemarkung Neuenbuch ihr Einverständnis.

Abstimmungsergebnis:

<u>Mitglieder</u>	Abstimmungs-
-------------------	--------------

		ergebnis:	
Gesamtzahl:	Anwe- send u. stimmbe- rechtigt	für den Be- schluss	gegen den Be- schluss
13	10	10	0

TOP 9 BERICHT DER BÜRGERMEISTERIN

a) Seminar Langheim – ILEK

Bgmin. Kappes gab eine kurze Zusammenfassung über das Seminar Integrierte ländliche Entwicklung am 28./29.01.11 an dem auch einige Stadträte (Piplat, Tauchmann, Adamek, Haider und Stadträtin Markert) teilgenommen haben. Das Programm sei eine Initiative des Bundes und der Länder, mit dem Ziel, durch freiwillige Zusammenarbeit der ländlichen Kommunen die immer drängenderen Strukturprobleme auf dem Land mit Unterstützung der Ämter für ländliche Entwicklung zu lösen.

Bgmin. Kappes verwies hierzu auf den Vorstellungstermin am 23.03. in der Stadthalle als Pflichttermin für das Gremium.

Herr Bgm. Zachmann aus Dingolshausen konnte als Redner gewonnen werden.

Leider kann der Landrat aus terminlichen Gründen die Moderation nicht übernehmen. Man sei aber bemüht Ersatz im Landratsamt Miltenberg zu finden.

Weiterhin fragte Bgmin. Kappes nach, ob dann nach dem Termin am 23.03. der Sitzungstermin 24.03. seitens dem Gremiums noch eingehalten werden kann.

Seitens des Gremiums wurden keine Einwände erhoben.

Stadtrat Piplat merkte an, dass man vielleicht auch einmal eine Sitzung zwischen die Regeltermine schieben könnte. Man sehe es an dieser Sitzung, dass nach 6 Wochen doch so einiges anfalle.

b) Telefonzelle am Bahnhof

Bgmin. Kappes verlas das Schreiben zur Stillung der Telefonzelle am Bahnhof seitens der Telekom vom 25.01.11.

Dankenswerter Weise hat sich Stadtrat Piplat als ehemaliger Telekom-Mitarbeiter der Sache angenommen und das Antwortschreiben der Stadt vom 23.03.11 aufsetzen lassen. Auch dieses wurde dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Bgmin. Kappes merkte an, dass sie aus der Zeitung erfahren habe, dass auch Bürgstadt seine Telefonzelle erhalten konnte. Die Hintergründe dazu werde sie noch ermitteln.

c) Freundliche Bahnhöfe

Bgmin. Kappes gab einen kurzen Bericht zum letzten Treffen am 22.02. bei dem auch Stadtrat Piplat anwesend war.

Es ist vorgesehen am 20.05.12 einen gemeinsamen Aktionstag zu starten um das Projekt besser bekannt zu machen und die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Stadt könnte zudem diesen Tag nutzen ihr Projekt der Bevölkerung vorzustellen und Ideen nachzufragen.

Stadtrat Piplat war der Ansicht, dass man diesen Tag nutzen sollte, da das Thema zu Stadtprozelten passt. Es gilt zudem einen Slogan zu finden und vielleicht auch mit ILEK zu kombinieren. Wichtiger Aspekt sei hier Leute zu aktivieren, die sich Gedanken machen und mithelfen.

Er könnte sich zudem eine Verhüllungsaktion des alten Bahnhofs vorstellen oder eine Abrissaktion.

Stadtrat Roth war der Ansicht, man sollte auch die Busse als Knotenpunkt miteinbeziehen. Die Busunternehmen könnten z.B. auch Reisekioske installieren etc.

Stadtrat Adamek fragte nach dem „Bild“ bzw. wie das gemeinsame Auftreten aussehe.

Bgmin. Kappes erklärte hierzu, dass das Konzept hierzu noch läuft.

Stadtrat Piplat schlug weiterhin vor, auch die Schulkinder miteinzubeziehen, da diese die Hauptnutzer des Bahnhofs seien.

3. Bgm. Kroth merkte an, daß die Schüler nach einer Überdachung zwischen den Gleisen als Unterstellmöglichkeit fragen.

TOP
10

BÜRGERFRAGEN ZUR TAGESORDNUNG

Anmerkung Herr Dokel zum Türkischen Gebetshaus

Herr Dokel merkte an, dass er den Vergleich der Glaubensrichtungen im Islam mit Evangelisch und Katholisch paradox findet. Es gibt nur einen Islam.

Weiterhin war er der Ansicht, dass ein Gebetshaus nicht in ein Wohngebiet gehöre. Er werde die Entscheidung des Landratsamtes abwarten und dann entsprechend vorgehen.

Bgmin. Kappes erklärte, dass dieser Vergleich nur beispielhaft gemeint war. Zudem seien auch die Empfindsamkeiten bezüglich der Verträglichkeit unterschiedlich und personenabhängig.

2. Bgm. Kortus merkte an, dass auch die Kirchen im Ort und um die Wohnbebauung sind.

Stadtrat Roth war der Aspekt des dörflichen Zusammenlebens wichtig, auch im Vergleich mit dem Trachtenheim.

Die anwesende Frau Jüttner gab zu bedenken, dass man den evangeli-

schen Einwohnern zumute, dass sie in Kreuzwertheim beten; deshalb verstehe sie nicht, warum der Türkische Verein nicht in Wertheim oder Miltenberg beten könne.

Bgmin. Kappes erklärte, dass hier der Bedarf ein anderer sei und der Bauantrag des Türkischen Vereins vorliege. Allerdings hätte das Gremium auch nichts gegen einen evangelischen Gebetsraum einzuwenden.

Der 2. Vors. des Türkischen Vereins, Herr Cingi, bedankte sich – auch im Namen des Vereins – für die Zustimmung im Stadtrat. Für ihren Verein sei es auch ein Zeichen, dass man sie im Ort wahrnehme.

.....
Claudia Kappes
1. Bürgermeisterin

.....
Regina Wolz
Schriftführerin